

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: [Ausgabe vom 06.03.2019](#), Seite 3 / Schwerpunkt
Von Bismarck bis Westerwelle

Von Alexander S. Neu
07.03.2019

Geschichte einer Aggression

Vor 20 Jahren begann der NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Angriffe auf Serbien und Jugoslawien sind eine Konstante deutscher Außenpolitik



Peter Kneffel/dpa

Deutsche KFOR--Soldaten 1999 im Süden des Kosovo

Im Jahre 1878 reklamierte Reichskanzler Otto von Bismarck im Kontext des Berliner Kongresses zur Balkanfrage für sich den Ruf des »ehrlichen Maklers«, da er für Deutschland auf dem Balkan keine Interessen sehe, »welche auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert« seien. 36 Jahre später stand »Serbien muss sterben« als Losung auf der Berliner Tagesordnung. Anlass war die Tötung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand 1914 in Sarajevo durch eine Gruppe junger Serben, die mit dem Attentat den kolonialistischen Anspruch Österreich-Ungarns auf Teile des Siedlungsgebietes der Südslawen zurückweisen wollten. Eigentlicher Hintergrund war aber, dass Serbien aufgrund seiner Intention, die südslawischen Siedlungsgebiete zu einem gemeinsamen souveränen Staat zusammenzuführen, zu einer ernsthaften Gefahr deutscher und österreichischer Imperialpolitik in Südosteuropa wurde. Dies sollte verhindert werden.

So begann der Erste Weltkrieg als Einhegungskrieg der Donaumonarchie und Deutschlands gegen das allzu selbstständige Serbien, das allerdings als Sieger aus dem Krieg hervorging und einen südslawischen Staat (»Königreich der Serben, Kroaten und

Slowenen«, später Königreich Jugoslawien) konstituieren konnte. Deutschland hingegen musste seinen imperialistischen Anspruch zunächst aufgeben.

Auch im Zweiten Weltkrieg blieb Großdeutschland seiner imperialistischen Politik gegenüber dem Balkan treu: Es zerschlug den jugoslawischen Staat und konnte dabei auf die Unterstützung regionaler Nationalisten setzen. Insbesondere slowenische (Domobrancen), kroatische (Ustascha) und bosnisch-muslimische (13. Waffen-Gebirgs-Division der SS »Handschar«) Provinznationalisten sowie die albanische Minderheit bewiesen dabei große Kollaborationsfreude. Das Vorhaben Hitlerdeutschlands, Jugoslawien endgültig zu zerstören, scheiterte aber. Titos Partisanen befreiten nahezu selbstständig ihr Land, Jugoslawien wurde ein sozialistisch-föderativer Staat und genoss als blockfreies Land weltweit hohes Ansehen. Deutschland hingegen musste eine Zwangspause als imperialistische Macht einlegen.

Die Veränderungen in Osteuropa in den Jahren 1989–91 berührten auch Jugoslawien. Während die BRD im Zuge des Anschlusses der DDR ihre volle Souveränität wiedererlangte, gewannen in Jugoslawien die Provinznationalisten zunehmend die Oberhand – mit Unterstützung der wiedererwachenden Hegemonialmacht Deutschland. Bonn setzte sich unter missbräuchlicher Verwendung des Selbstbestimmungsrechts an die Spitze der internationalen Sezessionsbefürworter.

Die Normenhierarchie staatlicher Souveränität und territorialer Integrität wurde zugunsten eines reaktionär-sezessionistischen Selbstbestimmungsrechtsverständnisses verkehrt. Dieses hat aber nichts mit dem emanzipatorisch-antikolonialen Selbstbestimmungsrecht der UN-Charta zu tun. Während die UN-Charta das Selbstbestimmungsrecht als Grundlage staatlicher Souveränität, nämlich frei von äußerer Intervention, betrachtet, stellt die deutsche Interpretation einen Gegensatz zwischen staatlicher Souveränität und Selbstbestimmungsrecht dar, also ein primitives Sezessionsrecht.

Deutschlands interventionistischer Vorstoß war damit die erste und gleichzeitig erfolgreiche außenpolitische Machtprobe. Dabei verwendete die neue deutsche Außenpolitik nicht einmal diplomatische Floskeln, um ihren imperialistischen Anspruch gegenüber Serbien zu formulieren. »Serbien muss in die Knie gezwungen werden«, polterte 1992 der damalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel.

Der Besuch von Außenminister Guido Westerwelle in Belgrad 2010 verdeutlichte nicht weniger, wer Herr und wer Knecht ist. In kolonialer Selbstgefälligkeit erklärte er: »Die Unabhängigkeit des Kosovo ist Realität.« Terroristen der »Kosovo-Befreiungsarmee« (UCK) war es mit militärischer Unterstützung der NATO gelungen, einen Teil serbischen Staatsgebietes gewaltsam herauszubrechen und weltweit den ersten Mafiastaat zu gründen. Als es Ende Juli/Anfang August 2010 an der »Verwaltungsgrenze« zwischen Zentralserbien und seiner Provinz Kosovo zum Widerstand aufgebrachter Serben kam, warnte Westerwelle Belgrad: »Hier geht es um den Frieden in Europa.« Zynisch ergänzte er: Die Zeit gewaltsamer Auseinandersetzungen, die Zeit von Kriegen und Konflikten entlang ethnischer Linien in Europa, müsse zu Ende sein. »Wir sind der Überzeugung, dass die Landkarte in dieser Region gezeichnet ist.«

Nachdem Deutschland die Landkarte des Balkans nach eigenen Vorstellungen und in Absprache mit den USA verändert hatte, soll nun Ruhe herrschen, d. h. die Ergebnisse westlicher und regional-sezessionistischer Gewaltpolitik sollen akzeptiert werden. Wenn Serbien dies nicht will, bleibt es der Brandstifter auf dem Balkan. Als Belgrad und Pristina 2018 den Gedanken eines Gebietsaustauschs zwecks Befriedung des Konflikts ins Spiel brachten, senkte Berlin seinen Daumen.

Für dieses das Völkerrecht negierende und selbtherrliche »ordnungspolitische Verständnis« steht die neue Wortkreation »regelbasierte internationale Ordnung«, die die

Charta der Vereinten Nationen stillschweigend ersetzen soll. Gemeint ist damit die vom Westen gestaltete imperiale Ordnung.

Deutschlands antiserbische und antijugoslawische Politik stellt eine Konstante deutscher Außenpolitik dar. Seit der Zerschlagung Jugoslawiens bestimmen Deutschland, Österreich und die USA das Schicksal der postjugoslawischen Staaten. Anstelle ihrer erhofften Unabhängigkeit steht eine nur formale Souveränität.

Alexander S. Neu ist Obmann der Linksfraktion im Verteidigungsausschuss des Bundestages und war im Jahr 2000 als Mitarbeiter der OSZE im Kosovo.